

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP

EntschlieÙung zur Umsetzung von Beschlüssen des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin vom 5. bis 7. Juli 2009

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 7. Juli 2009 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Der Landtag begrüÙt den von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 10. Juni 2009 vorgelegten Entwurf einer EU-Strategie für den Ostseeraum, in die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Ostseestrategie des Parlamentsforums Südliche Ostsee eingeflossen sind sowie insbesondere den Aktionsplan [SEC(2009) 712] und die darin enthaltenen konkreten Projektvorschläge zur Erreichung der Ziele der Strategie. Darüber hinaus begrüÙt der Landtag das Vorhaben des Parlamentsforums, zur Begleitung der Ostseestrategie sowie zur inhaltlichen Vorbereitung des 8. Parlamentsforums in Eblag eine Arbeitsgruppe einzusetzen und wird diese Maßnahme unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum entsprechend zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Harry Glawe und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Michael Rooff und Fraktion

Begründung:

1. Allgemeines

Auf Einladung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern fand vom 5. bis 7. Juli 2009 zum siebten Mal die gemeinsame Konferenz der Parlamente des südlichen Ostseeraumes - das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee - in Schwerin statt. Teilgenommen haben Delegierte des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren und der Kaliningrader Gebietsduma sowie - erstmalig als gleichberechtigter Partner - Abgeordnete der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Des Weiteren waren als assoziierter Partner Delegierte des Regionalrates Schonen einbezogen. An der Veranstaltung nahmen - wie in den vergangenen Jahren - auch Jugendvertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, der Woiwodschaft Westpommern und der Woiwodschaft Pommern teil.

Das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee erörterte unter dem Konferenztitel „Die Umsetzung europäischer Strategien in der südlichen Ostsee“ mit Experten aus den Mitgliedsregionen und der Europäischen Kommission sowie in Workshops die Themenbereiche „Verkehr und Energie“, „Maritime Wirtschaft und maritime Sicherheit“ sowie „Tourismus und Kultur“. Im Einzelnen wurden im ersten Sitzungsabschnitt Impulse durch Fachvorträge von Referenten aus den beteiligten Regionen gesetzt, die im zweiten Sitzungsabschnitt in drei parallel tagenden Workshops aufgenommen und vertieft wurden. Die gemeinsame Arbeit sowie politische Handlungsempfehlungen und Feststellungen wurden unter Beteiligung der Jugendvertreter im dritten Sitzungsabschnitt im Hinblick auf den Entwurf der EU-Ostseestrategie handlungs- und zielorientiert ausgewertet.

Ausrichter und Gastgeber des 8. Parlamentsforums vom 21. bis 23. Mai 2010 in Ebląg wird der Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren sein.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

2. Zur Resolution

Das Parlamentsforum begrüßte den von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 10. Juni 2009 vorgelegten Entwurf einer EU-Strategie für den Ostseeraum, insbesondere den Aktionsplan und die darin enthaltenen konkreten Projektvorschläge zur Erreichung der Ziele der Strategie. Das Forum begleitete seit der Jahreskonferenz im Jahr 2008 die Entwicklung der Ostseestrategie durch die Europäische Kommission und hat sich mit seiner Arbeitsgruppe während des gesamten Konsultationsprozesses, der sogenannten „Stakeholder-Konferenzen“ und „Roundtables“ zu den Segmenten der Ostseestrategie mit weitreichenden und detaillierten Vorschlägen zu den Themenfeldern „HELCOM-Ostseeaktionsplan“, „Energie- und Klimapolitik“, „Clean Baltic Shipping“, „Implementierung des EU-Binnenmarktes“, „Fischerei“, „Tourismus und kulturhistorisches Erbe“, „Verkehrspolitik“ sowie „Europäische Meerespolitik“ bei der Erarbeitung der Strategie intensiv eingebracht.

Die Umsetzung der aus der EU-Ostseestrategie resultierenden Politik soll ab 2010 in jährlichen Foren auf den Prüfstand gestellt und damit auch von regionalen Akteuren vor Ort verfolgt werden. Dabei wird das Parlamentsforum eine zentrale Rolle einnehmen können.

Die Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee formuliert Forderungen zu europäischen Strategien für die Region unter Berücksichtigung spezifischer Aspekte des südlichen Ostseeraumes. Sie gliedert sich in die einzelnen Bereiche Governance, Umwelt und Nachhaltigkeit, Wohlstand, Attraktivität und Zugänglichkeit sowie Sicherheit in der Region. Darin fordert das Parlamentsforum das Europäische Parlament und den Europäischen Rat auf, im Rahmen der abschließenden Erörterung und Abstimmungen über die Ostseestrategie dem Aspekt des Interessenausgleichs zwischen den Regionen in besonderem Maße Rechnung zu tragen.

Das Parlamentsforum betont, dass die bei der Implementierung der EU-Ostseestrategie eine parlamentarische Dimension erfordert, die bei der Steuerung und Umsetzung der Strategie den gewählten Vertretungskörperschaften in den Regionen eine mitentscheidende Rolle einräumt. Erst die Beteiligung der Parlamente sichert die breite Diskussion über die Inhalte der Strategie in der Region und bringt sie direkt zu den dort lebenden Menschen. Darüber hinaus soll das Ziel verfolgt werden, dass einzelne Regionen des Ostseeraumes stärker als Koordinatoren für bestimmte Flaggschiff-Projekte berücksichtigt werden. Ebenso ist es erklärtes Ziel, dass bei allen Maßnahmen eine bereichsübergreifende Beteiligung Russlands erfolgt und eine praktische Zusammenarbeit auf allen Sektoren der Strategie gewährleistet wird.

Die Mitglieder des Parlamentsforums Südliche Ostsee unterstützen zudem die Forderung der EU-Ostseestrategie, die Ostseeregion als Pilot- und Modellprojekt im Rahmen der Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie vorzusehen. Des Weiteren sehen es die Parlamentarier als erforderlich an, bei der Reform der gemeinsamen europäischen Fischereipolitik (GFP) ein alternatives Management der Fischbestände dahingehend zu entwickeln, dass bei der Einhaltung von Restriktionen (z. B. Sperrzonen, technische Maßnahmen, etc.) in bestimmten Meeresgebieten, im Gegenzug in anderen Meeresteilen auf Reglementierungen verzichtet werden kann. Es sei auch zu prüfen, inwieweit Fischereisperrzonen in Einklang mit Schutzgebieten des Netzwerkes NATURA-2000 zu bringen sind und die Einordnung bestimmter Arten in die Anhänge I und II der EU-Vogelschutz-Richtlinie (79/409/EWG) vor dem Hintergrund des Schutzbedürfnisses anderer Arten den Notwendigkeiten im Hinblick auf den Arten- und Biodiversitätsschutz entspricht.

Weitere wichtige Themen sind: die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, die Einführung der Raumplanung auf See, die bedeutend für die Offshore-Windenergienutzung ist, die maritime Sicherheit, die Energie- und Klimapolitik, das Clean Baltic Shipping, die Implementierung des EU-Binnenmarktes, die Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, die nachhaltige Entwicklung des Tourismus in Verbindung mit Bildungsmöglichkeiten und dem Erhalt des Kulturerbes, die Verkehrspolitik insbesondere im Hinblick auf die großen Verkehrsachsen von Nord nach Süd und von Ost nach West sowie die großen ungenutzten Transportpotenziale im Binnenschiffsverkehr, die Etablierung von anspruchsvollen und langfristigen Förderinitiativen für Jugendliche, Studenten und Wissenschaftler in der südlichen Ostseeregion sowie die Bekämpfung der unterschiedlichen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität in enger Kooperation mit allen Ostseeanrainerstaaten durch eine konsequente Ausschöpfung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten.

In Zukunft wird das Forum die Umsetzung der für die Ostseeregion wichtigen Strategie ebenfalls gemeinsam und untereinander abgestimmt begleiten, ohne jedoch dabei die Besonderheiten der einzelnen Regionen aus den Augen zu verlieren. Ein umfassendes Ziel ist der Beitrag zu einer stärkeren Entwicklung der „Baltic Sea Identity“, um die europäische Integration mit Leben zu erfüllen. Vor allem die unmittelbar an der Ostsee gelegenen Regionen sollen darin einbezogen werden, denn der großräumig angelegte Entwicklungsansatz der Ostseestrategie kann nur dann zu befriedigenden Ergebnissen führen, wenn alle Ostseeanrainer - das heißt, neben den EU-Mitgliedsstaaten insbesondere auch Russland - berücksichtigt werden. Es ist notwendig, eine bereichsübergreifende Beteiligung Russlands und eine praktische Zusammenarbeit auf den Sektoren der Strategie zu gewährleisten, die die gesamte Ostsee betreffen.

Entsprechend dem auf die Umsetzung durch die Exekutive angelegten Ansatz des Forums zur Implementierung von Beschlüssen des Parlamentsforums wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über die diesbezüglichen Entwicklungen im Ostseeraum entsprechend zu unterrichten.

Die regelmäßigen Beschlussfassungen des Landtages zu den Resolutionen, die auftragsgemäße Vertiefung von Schwerpunktanliegen in der Ausschussarbeit, die jährliche Berichterstattung der Landesregierung, vor allem im Rahmen des Berichtes über die Zusammenarbeit im Ostseeraum, aber auch im Rahmen des Europaberichtes, deren Ergebnisse jeweils zeitgerecht in die kommenden Beratungen einfließen können, werden insgesamt im Ostseeraum sowohl auf regionaler, als auch auf nationaler Ebene regelmäßig als vorbildliches Beispiel gelungener Implementierung entsprechender Beschlüsse gelobt. Dieses Exzellenzbeispiel hat Bemühungen ausgelöst, entsprechende Vorgehensweisen im Ostseeraum sowohl auf regionaler, als auch auf nationaler Ebene zu etablieren und bildet damit einen gelungenen Beitrag zur Erfüllung der Vorgaben des Artikels 11 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Im Jahr 2010 wird das 8. Parlamentsforum Südliche Ostsee durch den Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren ausgerichtet. Zur Vorbereitung der Inhalte ist es erforderlich, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Position der im Parlamentsforum mitarbeitenden regionalen Vertretungskörperschaften auszuloten. Eine solche gemeinsame Position zu erarbeiten und zu artikulieren, ist ein effizienter Weg, auf nationaler und europäischer Ebene die Interessen möglichst intensiv und mit hohem Durchsetzungspotenzial vertreten zu können. Um die Beratungen im Forum intensiv vorzubereiten, hat sich in den vergangenen Jahren das Instrument der „Arbeitsgruppe“ bewährt, die nach Möglichkeit internationale Anhörungen mit Experten durchführt, die von beteiligten Regionen benannt wurden. Mit diesem Instrument ist auch die Beteiligung der Mitgliedsparlamente mit ihren Fachausschüssen ermöglicht worden. An diesem Instrument soll festgehalten werden, der Landtag unterstützt eine solche Arbeitsgruppe aktiv.

3. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten

Im ersten Sitzungsabschnitt erläuterten die Präsidenten und Vorsitzenden der Mitgliedsparlamente des Forums die Behandlung und Umsetzung der Beschlüsse des 6. Forums in Kolberg.

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern führte Präsidentin Sylvia Bretschneider aus, dass wesentliche Forderungen der Resolution in die Ostseeparlamentarierkonferenz und ebenso auf der europäischen Ebene eingebracht worden seien. In diesem Zusammenhang haben sich insbesondere der Europa- und Rechtsausschuss sowie der Agrarausschuss an der Erarbeitung von Vorschlägen für den Umsetzungsprozess der EU-Ostseestrategie beteiligt.

Weiter wurde konstatiert, dass im jährlichen Bericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zur Zusammenarbeit im Ostseeraum sowie zur maritimen Sicherheit die Resolutionen des Parlamentsforums sowie der Ostseeparlamentarierkonferenz ebenfalls Berücksichtigung fänden. Beispielsweise wurde darin die Forderung zur Einrichtung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Forschungszentrums für erneuerbare Energien in der südlichen Ostseeregion aufgenommen und Möglichkeiten zu dessen Realisierung - zunächst auf bilateraler Ebene mit Westpommern - erörtert.

Weitere konkrete Beispiele zur Umsetzung der Beschlüsse seien aus dem Bereich des Wissenschaftstransfers gekommen und fänden intensiv im Rahmen der ScanBalt-Initiative, dem Netzwerk der Bioregionen des Ostseeraumes, statt, bei dem insbesondere BioCon Valley als Netzwerk des Landes im Bereich der modernen Lebenswissenschaften und der Gesundheitswirtschaft mitwirke. Im Bereich der Zusammenarbeit der Universitäten Rostock und Greifswald werde mit polnischen Partnern die Forschung auf den Gebieten von Biomaterialien und funktioneller Genomforschung/molekulare Medizin intensiviert.

Des Weiteren werde zurzeit die für 2012 vorgesehene Inbetriebnahme des Satellitennavigationssystems GALILEO im Forschungshafen Rostock als Testvorhaben „Seagate“ durchgeführt, um die Navigationssicherheit in Häfen zu erhöhen. Auch im Hinblick auf die „Motorways of the Sea“ werden die see- und landseitigen Hafenanbindungen sowie die Hafeninfrasturktur kontinuierlich entwickelt und angepasst. Mit „Baltic I“, dem ersten Windenergiepark vor der Ostsee-Küste, werde zudem ein Bereich abgedeckt, der zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien beitrage.

Der Tourismus sei ebenfalls eine Branche, die bei der Vernetzung in der Ostseeregion sehr wichtig sei. In dem Zusammenhang solle der Ostseurlaub als eigenständige Marke etabliert werden.

Olgierd Geblewicz führte aus, dass auch die Woiwodschaft Westpommern die Beschlüsse des 6. Forums umgesetzt habe und den Schwerpunkt der Entwicklung - insbesondere durch die Windkraftnutzung - bei den erneuerbaren Energien sehe.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat seine Landesregierung ebenfalls aufgefordert, Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien zu ergreifen. Die künftigen Potenziale Schleswig-Holsteins würden im „re-powering“ von Altanlagen zur Windenergienutzung und im Offshore-Bereich gesehen.

Die Kaliningrader Gebietsduma wolle zukünftig die Zusammenarbeit des Oblast mit den Regionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, maritime Sicherheit, Energiewirtschaft, Tourismus und Fischerei, ausweiten.

Als wesentlich für die geplante EU-Ostseestrategie erachteten Experten aus den Regionen und der Europäischen Kommission die Einführung der Raumplanung auf See, die Gewährleistung eines nutzerorientierten Schiffs- und Fährverkehrs auf der Ostsee, die Anbindung der deutschen Ostseehäfen an die transeuropäischen Verkehrsachsen unter Integration der „Motorways of the Sea“, die Ausweitung der Vernetzung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Förderung zur Bildung und zum Ausbau von Exzellenz-Clustern im Rahmen der vorhandenen EU-Programme. Die „Baltic Sea Identity“, die bei den Menschen im Ostseeraum immer mehr in den Vordergrund trete, könne durch das Interreg IV A-Programm „Großprogramm Südliche Ostsee“ unterstützt werden, das sich an Hochschulen, Gebietskörperschaften und Vereine richte.

Weiterhin sahen die Experten den Weg aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise darin, das personelle und technologische Knowhow in Europa zu bewahren und in den Bereichen Ausbildung, Arbeitsplätze, Umweltschutz, Sicherheit, internationale Kooperation, Kurzstreckenseeverkehr sowie Forschung und Innovation voranzukommen. Zudem setzten sie auf die ausgewogene Entwicklung der erneuerbaren Energien sowie auf die Umsetzung neuer Abfallwirtschaftsprogramme sowie das nachhaltige Zusammenspiel von Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz.

Ferner wurde ausgeführt, dass die Ostseestrategie unter der schwedischen Präsidentschaft weiter verhandelt werde und in einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe namens „Friends of the Baltic Sea“ diskutiert werden solle. Die einzelnen Flaggschiffprojekte wiesen in konkrete Handlungsrichtungen. Es wurde dazu aufgefordert, dass die Regionen ihre Parlamente in jeder Phase des Umsetzungsprozesses der Strategie aktiv als Schlüsselpartner einbeziehen sollen. Im Hinblick auf die Finanzen könnten Regionen ihre Aufmerksamkeit auch auf vorhandene Finanzierungsquellen richten, wie beispielsweise auf die bereits in der Region bestehenden 50 Programme zur Kohäsionspolitik. In diesen könne man erfahren, welche Finanzmittel verfügbar seien und wie diese bei der Umsetzung der Strategie Hilfestellung leisten könnten.

Der Vertreter des Kaliningrader Oblast machte deutlich, dass auch von russischer Seite eine gemeinsame Ostseepolitik im stärkeren Ausmaß als bisher erwünscht sei. Als Beispiel nannte er die Schaffung einer touristischen Wasserwanderroute im russisch-baltischen Raum. Eine Kooperation sei auch auf dem Gebiet erneuerbarer Energien gewollt, zum Beispiel beim Projekt „Ökologisches Ostseehaus“, das die Interessen der Bevölkerung, kleiner und mittlerer Unternehmen und gleichzeitig die Implementierung innovativer Technologien berücksichtigen solle.

Im Bereich der maritimen Sicherheit und maritimen Wirtschaft wurde von Abg. Kuhn während der Diskussion gefordert, dass dringend in die Hafenanbindungen investiert werden müsse, da sie im derzeitigen Zustand dem zunehmenden Frachtaufkommen und den Verkehrsströmen nicht gewachsen seien. Der Experte des Schleswig-Holsteinischen Landtages führte in diesem Zusammenhang aus, dass der Bau der Fehmarnbeltquerung ebenfalls zu unterstützen sei, da davon die gesamte südwestliche Ostseeregion stark profitieren würde. Die Europäische Union sei bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen den Häfen zu stärken, den Einsatz von Informationstechnologie abzustimmen und so zu schnelleren Abfertigungszeiten in den Häfen zu kommen.

Große Zukunftschancen sahen die Experten in einer Verbesserung der Logistik nach Russland. Der russische Markt sei groß und der Bedarf an Industrie- und Konsumgütern weiterhin riesig. Logistik-Experten großer RoRo-Reedereien im Ostseeverkehr, vor allem die Reederei Finnlines, würden ihre Tonnagekapazitäten dementsprechend zielgerichtet einsetzen. Die Kooperation mit russischen Partnern sei zukunftssträchtig und ausbaufähig sowie von beiderseitigem Vorteil.

Im zweiten Sitzungsabschnitt wurden die Themenschwerpunkte in parallelen Workshops vertieft: Der Workshop Verkehr und Energie stellte heraus, dass im Zusammenhang mit den transeuropäischen Netzen im Ostseeraum dringende Maßnahmen zur Verknüpfung der Verkehrsachsen zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern erforderlich und Einschränkungen der Zugänglichkeit abzuschaffen seien. Darüber hinaus wurde es als notwendig angesehen, das Konzept des Ostsee-Verkehrs-Ringes so bald wie möglich zu vollenden. Von polnischer Seite wurde gefordert, die Anbindung von Swinemünde nach Süden an die Adria-Region als Teil der TEN-T-Netze sowie die Schienenverkehrsachsen sowohl in Nord-Süd-Richtung als auch Ost-West-Richtung zu berücksichtigen, wobei die einzelnen Verkehrskorridore allerdings nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich ergänzen sollten. Alle drei Korridore sollten unterstützt und miteinander vernetzt werden. Das würde den Verkehr in der südlichen Ostseeregion flexibel gestalten und qualitativ aufwerten. Der Ausbau der Hinterlandanbindungen von Häfen sei ebenfalls von größter Bedeutung. Darüber hinaus sei die Oder als bedeutende Binnenschiffahrtstraße und als Element des „Transportkorridors Oder“ zu modernisieren und weiterzuentwickeln, weil sie die Interessen Polens und Deutschlands verbinde und den umweltfreundlichsten sowie effizientesten Transport darstelle. Wichtig sei weiterhin, dass ein Weg gefunden werden müsse, der die Vielzahl von Nutzungskonflikten in der Ostseeregion in den Bereichen Tourismus, Seeverkehr, Wirtschaft, Fischerei, Umwelt- und Naturschutz sowie Energieerzeugung minimiere. In diesem Zusammenhang sei die Raumplanung auf See zu intensivieren.

Der Workshop maritime Wirtschaft und maritime Sicherheit konstatierte, dass es hinsichtlich des vermehrten Verkehrsaufkommen sowie der steigenden Schiffsgrößen sowie des Transportvolumens auf See nicht mehr um die Frage gehe, ob ein Unfall, sondern wann dieser eintrete. Um Havarien möglichst frühzeitig begegnen zu können, stünden verschiedene Methoden und Instrumente zur Verfügung. Schiffe seien mit zusätzlicher Sicherheitstechnik auszustatten. Darüber hinaus sei der ISPS-CODE einheitlich anzuwenden. Hinzu kämen moderne wissenschaftliche Methoden, die zur Risikoabschätzung genutzt werden sollten. Ebenso sei die Ausweisung von Seestraßen voranzutreiben, ein effektives Abfallmanagement zu betreiben sowie Kontrollen in ausreichendem Maße durchzuführen.

Der Workshop Tourismus und Kultur fokussierte seine Diskussionen auf die positiven Attribute der Ostseeregion. So sei insbesondere das vorhandene natürliche Potenzial verstärkt zu nutzen. Das Radwandern müsse im Zusammenhang mit der Vermarktung und der Erhaltung des kulturellen Erbes gefördert werden, wodurch ein durchgehendes, grenzüberschreitendes Netz in der Ostseeregion geschaffen werden könne. Das Projekt „Green Capital“ müsse ausgeweitet und der Kreuzfahrtschifftourismus propagiert werden. Darüber hinaus müsse der Ostseetourismuskongress für weitere Initiativen sowie die Vermarktung der Region als einheitliche Tourismusmarke genutzt werden.

Zudem sollten Freizeit, Erholung, Kultur und Bildungsmöglichkeiten miteinander verbunden sowie finanzielle Anreize und Alternativen für den Jugendtourismus geschaffen werden.

Der dritte Sitzungsabschnitt war den Berichten aus den Workshops sowie der Berichterstattung über den Ablauf und die Ergebnisse des Jugendprojektes „Ein Schritt in Richtung Demokratie“ vorbehalten. An diesem Projekt waren rund 300 Jugendvertreter beteiligt, die über vierzehn Monate hinweg an Teilprojekten zur interkulturellen Kommunikation teilnahmen sowie in Anlehnung an das Parlamentsforums Südliche Ostsee fachbezogene Themenschwerpunkte erörterten. Die Finanzierung erfolgte durch die Europäische Union über die polnische Nationalagentur des Programms „Jugend in Aktion“ und das Sekretariat für Jugendangelegenheiten der Woiwodschaft Westpommern, das die Jugendvertreter auch federführend betreut hat. Darüber hinaus haben als Projektpartner der Landtag Mecklenburg-Vorpommern und der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern das Projekt organisatorisch, logistisch und inhaltlich unterstützt.

Das Hauptanliegen des Projektes war, Jugendlichen aus strukturschwachen Regionen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das Projekt sollte insbesondere Jugendliche aus ländlichen Regionen einbeziehen. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit aller Jugendvertreter der teilnehmenden Regionen wurden in einer projektbezogenen dreisprachigen Publikation mit dem Titel „Jugendliche über die Jugendpolitik in der Ostseeregion“ und in einem dazugehörigen Projektfilm dargestellt. Das Projekt ermöglichte den Jugendlichen den Einblick in unterschiedliche Ausprägungen von Jugendpolitikern und den gegenseitigen Meinungsaustausch. Die für diesen Zweck entwickelte Internetplattform könne von interessierten Jugendlichen auf der projekteigenen Homepage zukünftig auch weitergenutzt werden.

Abschließend wurde ausgeführt, dass, abgesehen von den einzelnen aus der unterzeichneten Resolution entstehenden Aufgaben und Verpflichtungen, den Teilnehmern des Parlamentsforums deutlich geworden sei, dass es insgesamt um die Stärkung und um die feste Etablierung einer „Baltic Sea Identity“ in der Ostseeregion, die alle Bereiche des Zusammenlebens betreffe, gehe. Das Parlamentsforum sei ein deutliches Signal dafür, dass politische Aktivität positiv sei, weil man an Zielen arbeite, die helfen, nicht nur das Land weiter zu bringen, sondern Regionen weiter zu entwickeln und gemeinsam durch Kooperation internationale Erfolge zu erzielen. Die regionalen Parlamente wurden dazu ermuntert, verstärkt Möglichkeiten für Jugendbegegnungen und des Jugendaustausches zu schaffen sowie gemeinsame Projekte zu initiieren. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 8. Forums in Ermland-Masuren sollte ein Maßnahmenkatalog sein, wie die Mitglieder des Forums international und Regionen übergreifend politische Prozesse begleiten, helfen und unterstützen können.

**Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)**

**Resolution
des
7. Parlamentsforums Südliche Ostsee**

5. bis 7. Juli 2009

**unter dem Vorsitz des
Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Deutschland**

„Die Umsetzung europäischer Strategien in der südlichen Ostsee“

I.

Die Mitglieder des Parlamentsforums Südliche Ostsee, gewählte Repräsentanten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern, des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma erklären den Willen, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg als gleichberechtigten Partner aufzunehmen.

II.

Das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin im Hinblick auf „Die Umsetzung Europäischer Strategien in der südlichen Ostsee“ die regionale Zusammenarbeit in den Themenbereichen

- „Verkehr und Energie“,
- „Maritime Wirtschaft und Maritime Sicherheit“ sowie
- „Tourismus und Kultur“

mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen beraten und kommt auf dieser Grundlage zu folgenden Ergebnissen:

1. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt die erstmalige Vorlage des Entwurfes einer Strategie und eines Aktionsplanes für eine Makroregion in Europa. Die Strategie und der Aktionsplan bedürfen jedoch nach Auffassung des Parlamentsforums Südliche Ostsee der Ergänzung und der Fortentwicklung im Sinne des Ausgleichs der Interessen aller Regionen der Südlichen Ostsee.

Die Strategie wurde unter breiter Beteiligung der Regionen erarbeitet. Vor diesem Hintergrund hat sich das Parlamentsforum Südliche Ostsee im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig mit strategischen Ansätzen für die Entwicklung der Ostseeregion befasst. Hierzu hat das Forum eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Erarbeitung einer EU-Strategie für den Ostseeraum durch die Europäische Kommission begleitet hat.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat über seine Arbeitsgruppe Stellungnahmen zu diesem Thema in die öffentliche Konsultation zu der Strategie sowie die 2. Stakeholderkonferenz der EU-Kommission am 5. und 6. Februar 2009 in Rostock-Warnemünde eingebracht.

Im Rahmen dieser Stellungnahme wurde seitens des Parlamentsforums insbesondere auch die Notwendigkeit einer parlamentarischen Dimension herausgestellt. Darüber hinaus wurden zu den einzelnen Themenfeldern der Strategie detaillierte Vorschläge unterbreitet, wie etwa zur Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, zur Energie- und Klimapolitik, zum „Clean Baltic Shipping“, zur Implementierung des EU-Binnenmarktes, zur Fischerei, zum Tourismus und kulturhistorischen Erbe, zur künftigen Verkehrspolitik sowie zur europäischen Meerespolitik. Viele dieser Vorschläge finden sich im Rahmen dieser Strategie inhaltlich wieder.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert das Europäische Parlament und den Europäischen Rat auf, im Rahmen seiner Erörterungen und seiner Zustimmung zur Strategie dem Aspekt des Interessenausgleichs zwischen den Regionen in besonderem Maße Rechnung zu tragen. In diesem Sinne ist die Strategie unter Beteiligung aller Regionen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

2. Nach ihrer Verabschiedung sind die Regierungen und Verwaltungen der Regionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee gefordert, die Inhalte der Ostseestrategie umzusetzen. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee empfiehlt, dabei folgenden Bereichen besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

Grundfragen der Steuerung und Umsetzung der Strategie (Governance)

- a) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine *parlamentarische Dimension*: Die Beteiligung der Akteure im Ostseeraum an der Steuerung und Umsetzung der Strategie (Governance) - entsprechend dem Vorgehen der Europäischen Kommission bei der Erarbeitung - ist unabdingbar. Dabei müssen die gewählten Vertretungskörperschaften in der Region eine mitentscheidende Rolle erhalten, weil sie die Menschen der Region repräsentieren. Ihre Beteiligung sichert die breite Diskussion über die Inhalte der Strategie in der Region und bringt sie zu den Menschen.

- b) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine erkennbare **regionale Dimension**: Das heißt, bei der Umsetzung sollten neben der nationalen Ebene insbesondere auch die unmittelbar an der Ostsee gelegenen Regionen einbezogen werden. Von daher sollte für Regionen, in noch stärkerem Umfang als gegenwärtig geplant, die Möglichkeit eröffnet werden, Koordinator („Lead Party“) für einzelne „Flaggschiff-Projekte“ zu werden und weitere „Flaggschiff-Projekte“ aus der Region der südlichen Ostsee in den Aktionsplan aufzunehmen.
- c) Die Umsetzung der Strategie erfordert perspektivisch auch eine **institutionelle Dimension**: Die Diskussion im Rahmen der Erarbeitung der Strategie hat gezeigt, dass Ergebnisse, die auf einem institutionalisierten Verhandlungswege erzielt werden, am besten als Bestandteil der Ostseestrategie akzeptiert werden. Ein gutes Beispiel einer dergestalt institutionalisierten Zusammenarbeit ist die Helsinki-Kommission mit dem Ostsee-Aktionsplan, in der die Staaten der gesamten Ostseeregion im Rahmen kontinuierlicher und fundierter Beratungs- und Entscheidungsprozesse ein Ergebnis erarbeiten, dem alle Beteiligten zustimmen.
- d) Die Strategie verlangt in der Umsetzung eine **Interessen ausgleichende Dimension**: Im Hinblick auf die Prioritätensetzung und die Verteilung der Flaggschiff-Projekte ist eine gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Länder und Regionen erforderlich, um die notwendige Akzeptanz in der Umsetzung zu erreichen. Dabei ist das Ziel zu verfolgen, den Erfordernissen der künftigen Entwicklungen der einzelnen Regionen weitestgehend Rechnung zu tragen. Auch innerhalb der einzelnen Regionen ist bei konkurrierenden Interessenlagen hinsichtlich des Ressourcenschutzes und der Ressourcennutzung die Ausgewogenheit der Maßnahmen und Aktionen unter besonderer Berücksichtigung sozialer Aspekte (Beschäftigungsproblematik) zu wahren.
- e) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine **administrative Dimension**: Insoweit ist eine fachübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Institutionen im Rahmen einer horizontalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter Respektierung internationaler Vereinbarungen und Konventionen sowie einer vertikalen Zusammenarbeit zwischen der regionalen, der nationalen, der europäischen und der internationalen Ebene im Sinne einer „Multilevel Governance“ notwendig. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt, dass zur Überprüfung des Fortgangs der Umsetzungsbemühungen deren regelmäßige „Beobachtung“ vorgesehen ist. Dabei ist jedoch darauf zu achten, soweit wie möglich von bestehenden Berichtsstrukturen (z. B. im Rahmen von HELCOM) Gebrauch zu machen; umfassende neue Berichtspflichten und Strukturen sind zu vermeiden.
- f) Die Umsetzung der Strategie erfordert auch eine **gesamtgesellschaftliche Dimension**: Notwendig ist eine enge Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und allen sonstigen gesellschaftlichen Gruppen sowie insbesondere die Einbindung junger Menschen, um langfristig den Erfolg der Umsetzung der Strategie zu gewährleisten und diese auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu stellen.

- g) Die Umsetzung der Strategie erfordert **auch eine alle Ostseeanrainer einbeziehende Dimension**: Eine EU-Strategie für den Ostseeraum als großräumiger Entwicklungsansatz kann nur dann zu befriedigenden Ergebnissen führen, wenn alle Ostseeanrainer - d. h. neben den EU-Mitgliedstaaten insbesondere auch Russland - berücksichtigt werden. Es ist notwendig, eine bereichsübergreifende Beteiligung Russlands und eine praktische Zusammenarbeit auf den Sektoren der Strategie zu gewährleisten, die die gesamte Ostsee betreffen.
- h) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine Klärung der **finanziellen Dimension**: Die in der Strategie enthaltenen zum Teil sehr anspruchsvollen Ziele und Maßnahmen können nicht kostenlos erreicht werden. Zu deren Umsetzung sind Konsultationen mit den interessierten Regionen über die Finanzierungsquellen zu führen. Insbesondere angesichts der Aussage der Europäischen Kommission, keine zusätzlichen Finanzmittel zur Umsetzung der Strategie vorzusehen, fordert das Parlamentsforum Südliche Ostsee die nationalen Regierungen und Parlamente auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsentscheidungen für die Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel Sorge zu tragen.

Umwelt

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- 1) begrüßt die durch die Europäische Kommission vorgenommene Einbindung des HELCOM-Ostseeaktionsplans als Kernelement der Umweltsäule der EU-Strategie sowie des Aktionsplanes zur Umsetzung der Strategie;
 - b) hält es für erforderlich, dass die im Rahmen internationaler Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen in angemessenen nationalen und regionalen Aktionsplänen fortgeschrieben und erfüllt werden;
 - c) unterstützt die Forderung der EU-Ostseestrategie, die Ostseeregion als Pilotprojekt im Rahmen der Umsetzung der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie vorzusehen, mit dem Verständnis, dass die Europäische Kommission Unterstützung zur schnelleren Erreichung der Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplanes gewährt;
 - d) hält es für erforderlich, im Rahmen der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) Möglichkeiten eines alternativen Managements der Fischbestände dergestalt zu entwickeln, dass bei Einhaltung von Restriktionen in bestimmten Meeresgebieten (Sperrzonen, technische Maßnahmen, etc.) in anderen Meeresteilen auf Reglementierungen verzichtet wird;
 - e) spricht sich dafür aus zu prüfen, inwieweit Fischereisperrzonen in Einklang mit Schutzgebieten des Netzwerkes NATURA-2000 zu bringen sind;

- f) spricht sich dafür aus zu prüfen, inwieweit die Einordnung bestimmter Arten in die Anhänge I und II der EU-Vogelschutz-Richtlinie (79/409/EWG) vor dem Hintergrund des Schutzbedürfnisses anderer Arten den Notwendigkeiten im Hinblick auf den Arten- und Biodiversitätsschutz entspricht;
- g) betont die Notwendigkeit, dass Strategien für eine nachhaltige Sicherung und Bewirtschaftung der Fischbestände der Ostsee entwickelt werden. Mit der Ostsee-Strategie sollte daher auch ein koordiniertes und konsequentes Vorgehen gegen die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei unterstützt werden.

Wohlstand

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) betont die Bedeutung der Lissabon-Agenda auch für die Ostsee-Strategie, die insoweit auch als eine Konkretisierung dieser Agenda für den Ostseeraum angesehen wird;
- b) unterstützt das Ziel der Kommission, die Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarktes im Ostseeraum zu verbessern;
- c) betont die Notwendigkeit, im Rahmen der Umsetzung der Strategie besonderen Wert auf die Entwicklung eines Programms für Innovationen, Cluster und Netzwerke für kleine und mittlere Unternehmen zu legen, um die internationale Zusammenarbeit im Ostseeraum zu fördern;
- d) ist der Überzeugung, dass die Globalisierung zu einer steigenden Bedeutung von Forschung und Entwicklung führt; vor diesem Hintergrund sollte die Möglichkeit untersucht werden, Stipendien und Praktikumsprogramme für Studenten und Wissenschaftler im Ostseeraum noch weiter auszubauen;
- e) teilt die Auffassung der Kommission, dass die Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf den Gebieten der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Anbetracht der besonderen Bedeutung für die Wirtschaft und die nachhaltige Entwicklung des Ostseeraumes von besonderer Bedeutung sind;

Erreichbarkeit und Attraktivität

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) ist der Auffassung, dass die südliche Ostseeregion im Rahmen der Revision der TEN-Leitlinien besonders berücksichtigt werden sollte und appelliert an die nationalen Regierungen, dieses Anliegen zu unterstützen;
- b) fordert konkrete Maßnahmen zur Aktivierung der Kurzstreckenseeverkehre im Bereich der südlichen Ostsee, um die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen weiter zu verbessern;

- c) sieht die Erarbeitung von Hafentwicklungs Konzepten und Hinterland anbindungen für alle Verkehrsträger einschließlich der Binnenschifffahrt, der Schiene und der Straße als förderlich an;
- d) sieht über die im Aktionsplan hinaus identifizierten Handlungsbedarfe eine weitere Verbesserung der landseitigen Verkehrsverbindungen im südlichen Ostseeraum als notwendig an und zwar durch Fortentwicklung des Aktionsplanes, um die Erreichbarkeit der Region über Nord-Süd- und Ost-West- Verkehrskorridore zu verbessern;
- e) unterstützt das Ziel der Kommission, die Energieversorgungssicherheit (Strom und Gas) durch einen einheitlichen Markt sowie den grenzüberschreitenden Ausbau und die Verknüpfung von Netzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten und dabei sauberen Energien einen Vorrang einzuräumen;
- f) unterstreicht die Notwendigkeit, dass alle Ostseeanrainer ihre Arbeiten an der Umsetzung der maritimen Raumplanung entsprechend den Vorgaben des Blaubuches und unter Einbeziehung von VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010) und der Raumordnung der Regionen intensivieren, mit dem Ziel, ordnungspolitische Instrumente für eine effektive integrierte Raumplanung auf See von allen Anrainerstaaten gleichermaßen anzuwenden. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee spricht sich für ein Pilotprojekt für die maritime Raumordnung im Ostseeraum aus. Mittels eines solchen Projektes könnten EU-Mitgliedsstaaten und ihre Nachbarn Antworten auf die Herausforderungen in ihren Küstenzonen finden, die gleichzeitig nationale und internationale Bedingungen berücksichtigen;
- g) unterstreicht erneut das Erfordernis, einen die Regionen des Ostseeraumes verbindenden und ganzjährigen Tourismus zu fördern, der insbesondere auch das kulturelle Erbe berücksichtigt und die Ostseeregion als Destination für den internationalen Tourismus attraktiv macht. Das setzt die Entwicklung von unterschiedlichen touristischen Netzwerkprodukten voraus;
- h) ist der Überzeugung, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu Russland weiter verbessert werden müssen, insbesondere auch durch die Zusammenarbeit auf der Ebene der lokalen und regionalen Regierungen, der Bildungs- und Kultureinrichtungen und der Nichtregierungsorganisationen.

Sicherheit

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) sieht es als notwendig an, dass dem Thema „Maritime Sicherheit“ weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt wird und im Rahmen der Fortschreibung der Strategie zusätzliche Maßnahmen vereinbart werden, wie etwa die Verstärkung der Lotsenannahme in engen und schwierigen Fahrgebieten und die Maßnahmen des dritten Seesicherheitspaketes der EU zügig in nationales Recht umgesetzt werden und

- b) unterstützt zur Gewährleistung der maritimen Sicherheit Lösungen, die die maritimen Aktivitäten, das Frachtaufkommen, die Schiffsgrößen sowie die technischen Entwicklungen berücksichtigen und unterstreicht dabei die Notwendigkeit, dass die daraus resultierenden Probleme und Risiken für die Seefahrt in Raumplanungsverfahren umfassend abgeschätzt werden;
- c) unterstützt die Einrichtung eines die gesamte Ostsee abdeckenden Seeraumüberwachungssystems, um die maritime Sicherheit und Security in der Ostseeregion im Hinblick auf Umweltgefahren, Notfallsituationen, Straftaten und sonstige Anomalien weiter zu verbessern, wobei die Intensivierung und Ausdehnung bereits bestehender Kooperationen voranzutreiben sind sowie untereinander kompatible Konzepte, technische Lösungen und Verfahren zur Bereitstellung eines robusten und kosteneffektiven Systems zur Seeraumüberwachung vorzulegen sind;
- d) sieht es als erforderlich an, dass im Rahmen der Weiterentwicklung der Strategie durch eine enge Kooperation und in allen Ostseeanrainerstaaten durch eine konsequente Ausschöpfung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der veränderten Sicherheitslage begegnet wird, um so wirksam die unterschiedlichen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität bekämpfen zu können;
- e) spricht sich für eine einheitliche Interpretation und Anwendung des ISPS-Codes in Häfen der Ostseeregion aus, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

III.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren für die Bereitschaft, das 8. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Jahre 2010 auszurichten.

Schwerin, 7. Juli 2009

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Bürgerschaft der Freien und
Hansestadt Hamburg

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Kaliningrader Gebietsduma

Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)

**Rezolucja
VII Forum Parlamentów Południowego Bałtyku**

05-07 lipca 2009 r.

**pod przewodnictwem Parlamentu
Meklemburgii-Pomorza Przedniego
Schwerin, Niemcy**

„Realizacja strategii europejskich w regionie południowego Bałtyku“

I.

Członkowie Forum Parlamentów Południowego Bałtyku, wybrani przedstawiciele Parlamentu Szlezwika-Holsztynu, Parlamentu Meklemburgii-Pomorza Przedniego, Sejmiku Województwa Zachodniopomorskiego, Sejmiku Województwa Pomorskiego, Sejmiku Województwa Warmińsko-Mazurskiego oraz Dumy Obwodu Kaliningradzkiego wyrażają wolę przyjęcia Rady Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta Hamburg jako równoprawnego partnera w ramach Forum.

II.

VII Forum Parlamentów Południowego Bałtyku na konferencji odbytej w dniach 05-07 lipca 2009 r. w Schwerinie debatowało wraz z ekspertami ze wszystkich uczestniczących regionów nad współpracą regionalną w dziedzinach

- „transport i energia“,
- „gospodarka morska i bezpieczeństwo morskie“ oraz
- „turystyka i kultura“

pod kątem „realizacji strategii europejskich w regionie południowego Bałtyku“ i na podstawie tej debaty doszło do następujących wniosków:

1. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku przyjmuje z zadowoleniem fakt przedłożenia po raz pierwszy projektu strategii i planu działania dla makroregionu w Europie. Strategia i plan działania wymagają jednak zdaniem Forum Parlamentów Południowego Bałtyku uzupełnienia i dalszego rozwoju w celu zrównoważenia interesów wszystkich regionów Południowego Bałtyku.

Strategia ta została opracowana przy aktywnym uczestnictwie regionów. W tym kontekście Forum Parlamentów Południowego Bałtyku zajmowało się w roku ubiegłym strategicznymi założeniami dla rozwoju Regionu Morza Bałtyckiego. Forum powołało w tym celu specjalną grupę roboczą, która współdziałała przy opracowywaniu Strategii UE dla Regionu Morza Bałtyckiego przez Komisję Europejską.

Poprzez grupę roboczą Forum Parlamentów Południowego Bałtyku wypracowało swoje stanowisko w tej kwestii i wniosło je do procesu konsultacji społecznych w sprawie Strategii oraz do dyskusji na drugiej konferencji horyzontalnej Komisji nt. Strategii UE w Rostocku-Warnemünde, która odbyła się w dniach 05-06 lutego 2009 r.

W ramach tego stanowiska Forum Parlamentów zaakcentowało szczególnie również konieczność wymiaru parlamentarnego. Oprócz tego dla poszczególnych dziedzin tematycznych Strategii w stanowisku przedstawione zostały konkretne propozycje, jak np. w sprawie realizacji Planu Działania HELCOM, polityki energetycznej i klimatycznej, „Clean Baltic Shipping”, implementacji wewnętrznego rynku europejskiego, rybołówstwa, turystyki i dziedzictwa kulturalno-historycznego, przyszłej polityki transportowej oraz europejskiej polityki morskiej. Wiele z tych propozycji znajduje swoje merytoryczne odzwierciedlenie w ramach Strategii.

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku wzywa Parlament Europejski oraz Radę Europejską do uwzględnienia w szczególnym stopniu aspektu wyrównania szans rozwoju wszystkich regionów w procesie legislacyjnym. W związku z tym Strategię należy w sposób stały rozwijać i doskonalić zapewniając uczestnictwo wszystkich regionów.

2. Po uchwaleniu Strategii dla Regionu Morza Bałtyckiego od rządów i administracji regionów uczestniczących w Forum Parlamentów Południowego Bałtyku oczekuje się realizacji jej treści. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku zaleca przy tym zwrócenie szczególnej uwagi na następujące dziedziny:

Zasadnicze zagadnienia zarządzania Strategią i jej realizacją (governance)

- a) Realizacja Strategii wymaga **wymiaru parlamentarnego**: W zarządzaniu i wdrażaniu Strategii (governance) niezbędne jest uczestnictwo podmiotów z Regionu Morza Bałtyckiego - zgodnie z podejściem Komisji Europejskiej przy jej opracowywaniu. Wylaniane w wyborach bezpośrednich organy regionalne muszą odgrywać przy tym współdecydującą rolę, gdyż reprezentują one społeczności w regionie. Ich udział zapewni w regionie szeroką dyskusję na temat zapisów Strategii i przybliży ją ludziom.

- b) Realizacja Strategii wymaga wyraźnego **wymiaru regionalnego**: Oznacza to, że oprócz szczebla krajowego do jej wdrażania powinny zostać też włączone w szczególności regiony położone bezpośrednio nad Morzem Bałtyckim. Dlatego też regionom powinno się w jeszcze większym zakresie niż dotychczas udostępnić możliwość przejmowania roli koordynatora („strony wiodącej”) w poszczególnych „projektach flagowych” oraz włączania dalszych „projektów flagowych” z regionu południowego Bałtyku do Planu Działania.
- c) Perspektywicznie realizacja Strategii wymagać będzie także **wymiaru instytucjonalnego**: Dyskusja w ramach opracowywania Strategii pokazała jednoznacznie, że wyniki osiągnięte drogą zinstytucjonalizowanych negocjacji są najłatwiejsze do zaakceptowania jako element składowy przyszłej Strategii dla Regionu Morza Bałtyckiego. Dobrym przykładem takiej instytucjonalizacji jest Komisja Helsińska ze swoim Bałtyckim Planem Działania, w której poszczególne państwa z całego regionu Morza Bałtyckiego w ramach ciągłych i solidnych procesów dyskusji i wspólnych decyzji wypracowują wyniki, z którymi zgadzają się wszyscy zainteresowani.
- d) Realizacja Strategii wymaga **wymiaru wyrównywania interesów**: Mając na uwadze określenie priorytetów i podział projektów flagowych, konieczne jest równomierne uwzględnienie interesów uczestniczących krajów i regionów, by podczas realizacji móc osiągnąć niezbędną akceptację. Celem powinno być przy tym jak najszersze wzięcie pod uwagę potrzeb przyszłego rozwoju poszczególnych regionów. Także w poszczególnych regionach w przypadku istnienia rywalizujących interesów ochrony i korzystania z zasobów naturalnych należy zadbać o wyważoną relację działań przy szczególnym uwzględnieniu aspektów socjalnych (problematyka zatrudnienia).
- e) Realizacja Strategii wymaga **wymiaru administracyjnego**: W tym zakresie niezbędna jest ponadbranżowa kooperacja wszystkich właściwych instytucji w układzie horyzontalnym i transgranicznym przy poszanowaniu międzynarodowych porozumień i konwencji jak również w układzie pionowym pomiędzy szczeblem regionalnym, krajowym, europejskim i międzynarodowym w sensie „zarządzania wielopłaszczyznowego” (*multilevel governance*). Forum Parlamentów Południowego Bałtyku przyjmuje z zadowoleniem, że dla sprawdzenia postępów prac realizacyjnych przewidziane jest ich stałe „monitorowanie”. Należy jednak przy tym w miarę możliwości korzystać z istniejących struktur informacyjnych (np. w ramach HELCOM); należy unikać tworzenia nowych kompleksowych obowiązków i struktur informacyjnych.
- f) Realizacja Strategii wymaga również **wymiaru ogólnospołecznego**: w celu długofalowego zagwarantowania powodzenia realizacji Strategii i oparcia jej na możliwie jak najszerszej podstawie społecznej niezbędna jest ścisła współpraca podmiotów ze świata polityki, nauki i gospodarki oraz wszystkich innych grup społecznych jak również w szczególności zaangażowanie młodych ludzi.

- g) Realizacja Strategii wymaga również **wymiaru obejmującego wszystkie państwa basenu Morza Bałtyckiego**: Strategia UE dla Regionu Morza Bałtyckiego stanowi podejście rozwojowe dla dużego obszaru i może prowadzić do zadowalających wyników jedynie wówczas, gdy wszystkie państwa nadbałtyckie - tzn. obok państw członkowskich UE w szczególności także Rosja - zostaną uwzględnione. Konieczne jest zapewnienie ponadsektorowego udziału Rosji i praktycznej współpracy we wszystkich obszarach Strategii dotyczących całego Morza Bałtyckiego.
- h) Realizacja Strategii wymaga zapewnienia **wymiaru finansowego**: Zawartych w Strategii ambitnych celów i działań nie można osiągnąć bez poniesienia określonych kosztów. Dla jej realizacji należy prowadzić konsultacje z zainteresowanymi regionami na temat źródeł finansowania. W szczególności w związku ze stanowiskiem Komisji Europejskiej, że na realizację Strategii nie będą przewidziane żadne dodatkowe środki finansowe, Forum Parlamentów Południowego Bałtyku wzywa rządy i parlamenty państw do zapewnienia odpowiednich środków na ten cel w ramach swoich decyzji budżetowych.

Środowisko

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

- a) przyjmuje z zadowoleniem włączenie przez Komisję Europejską Bałtyckiego Planu Działania HELCOM jako zasadniczego elementu środowiskowego filara Strategii dla Regionu Morza Bałtyckiego oraz planu działania na rzecz jej realizacji,
- b) uważa za niezbędne, aby zobowiązania poczynione w ramach międzynarodowych porozumień były aktualizowane w adekwatnych planach działania na szczeblu krajowym i regionalnym oraz odpowiednio realizowane,
- c) popiera znajdującą się w Strategii UE dla Regionu Morza Bałtyckiego propozycję, by postrzegać Region Morza Bałtyckiego jako projekt pilotażowy w ramach realizacji dyrektywy ramowej w sprawie strategii morskiej UE, rozumiejąc, że Komisja Europejska udzieli wsparcia dla szybszego osiągnięcia celów Bałtyckiego Planu Działania HELCOM,
- d) uważa za niezbędne wprowadzenie w ramach reformy Wspólnej Polityki Rybołówstwa takich mechanizmów alternatywnego zarządzania zasobami rybnymi, by przy zachowaniu restrykcji na określonych obszarach morza (strefy zamknięte dla rybołówstwa, działania techniczne itp.) można było w innych rejonach morskich zrezygnować z ograniczeń,
- e) opowiada się za zbadaniem, na ile strefy zamknięte dla rybołówstwa można pogodzić z obszarami chronionymi sieci NATURA 2000,
- f) opowiada się za zbadaniem, na ile umieszczenie określonych gatunków w załącznikach I oraz II do Dyrektywy Ptasiej UE (79/409/EWG) odpowiada wymogom ochrony gatunków i różnorodności biologicznej pod kątem konieczności ochrony innych gatunków,

- g) podkreśla konieczność tworzenia strategii na rzecz zrównoważonego zabezpieczenia i zagospodarowania zasobów rybnych Morza Bałtyckiego. Strategia dla Regionu Morza Bałtyckiego powinna zatem również umożliwiać skoordynowane i konsekwentne przeciwdziałanie nielegalnym, nierejestrowanym i nieuregulowanym połowom.

Dobrobyt

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

- a) podkreśla znaczenie Agendy Lizbońskiej również dla Strategii dla Regionu Morza Bałtyckiego, która jest w tym sensie postrzegana jako konkretyzacja tej agendy w basenie Morza Bałtyckiego,
- b) popiera cel Komisji Europejskiej polegający na poprawie funkcjonowania rynku wewnętrznego w Regionie Morza Bałtyckiego,
- c) podkreśla konieczność położenia w ramach realizacji Strategii szczególnego nacisku na rozwój programu na rzecz innowacji, tworzenia klastrów i sieci małych i średnich przedsiębiorstw, by wspierać współpracę międzynarodową w Regionie Morza Bałtyckiego,
- d) jest zdania, że globalizacja powoduje wzrost znaczenia badań i rozwoju; w tym względzie należy zbadać możliwość jeszcze większego rozszerzenia programów stypendialnych oraz praktyk i staży dla studentów i naukowców w Regionie Morza Bałtyckiego,
- e) podziela pogląd Komisji Europejskiej, że ze względu na szczególne znaczenie dla gospodarki oraz dla zrównoważonego rozwoju Regionu Morza Bałtyckiego współpraca w Regionie Morza Bałtyckiego w takich dziedzinach jak rolnictwo, leśnictwo i rybołówstwo ma szczególne znaczenie.

Dostępność i atrakcyjność

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

- a) reprezentuje stanowisko, iż w ramach rewizji wytycznych w sprawie Transeuropejskich Sieci Transportowych region Południowego Bałtyku powinien zostać uwzględniony szczególnie, oraz apeluje do rządów państw członkowskich o wsparcie w tej sprawie,
- b) postuluje podjęcie konkretnych działań w celu ożywienia połączeń morskich bliskiego zasięgu w obszarze Południowego Bałtyku w celu dalszej poprawy relacji gospodarczych i społecznych między poszczególnymi regionami,
- c) uznaje za korzystne opracowywanie narodowych koncepcji rozwoju portów oraz rozwijanie ich połączeń z głębią kraju dla wszystkich rodzajów transportu, włączając w to żeglugę śródlądową, transport kolejowy i drogowy,

- d) uważa za konieczne dalsze poprawianie połączeń w transporcie lądowym w Regionie Południowego Bałtyku poprzez rozszerzenie planu działania celem zrównoważenia dostępności regionów w układzie korytarzy transportowych południkowym, jak i równoleżnikowym,
- e) wspiera cel Komisji Europejskiej zapewnienia bezpieczeństwa zaopatrzenia w energię (energia elektryczna i gaz ziemny) poprzez jednolity rynek oraz transgraniczną rozbudowę i interkonektory, ze szczególnym uwzględnieniem integracji systemów energetycznych pomiędzy Państwami członkowskimi UE oraz udzielenia przy tym preferencji czystym źródłom energii,
- f) podkreśla konieczność zintensyfikowania we wszystkich państwach basenu Morza Bałtyckiego prac nad wdrożeniem planowania przestrzennego obszarów morskich zgodnie z wytycznymi Błękitnej Księgi oraz z uwzględnieniem VASAB (Wizje i Strategie wokół Bałtyku 2010) oraz polityki regionów w tym zakresie w celu równego stosowania we wszystkich krajach nadbałtyckich instrumentów polityki przestrzennej na rzecz efektywnego zintegrowanego planowania przestrzennego obszarów morskich. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku opowiada się za powołaniem pilotażowego projektu morskiej gospodarki przestrzennej w basenie Morza Bałtyckiego. Poprzez taki projekt państwa członkowskie Unii Europejskiej oraz ich kraje sąsiedzkie mogłyby poszukiwać odpowiedzi na wyzwania dotyczące ich stref przybrzeżnych, które mogłyby uwzględniać jednocześnie uwarunkowania krajowe i międzynarodowe,
- g) podkreśla ponownie konieczność wspierania całorocznej turystyki łączącej wszystkie regiony basenu Morza Bałtyckiego, która w szczególności uwzględnia dziedzictwo kulturowe i czyni z regionu Morza Bałtyckiego atrakcyjny cel turystyki międzynarodowej. Warunkiem ku temu jest wykreowanie różnorodnych sieciowych produktów turystycznych,
- h) wyraża przekonanie, że należy w dalszym ciągu poprawiać sąsiedzkie stosunki państw członkowskich Unii Europejskiej z Rosją, w szczególności również poprzez współpracę na szczeblu samorządów lokalnych i regionalnych, instytucji edukacji i kultury oraz organizacji pozarządowych.

Bezpieczeństwo

- a) Forum Parlamentów Południowego Bałtyku
- b) uważa za konieczne utrzymanie w dalszym ciągu wysokiego priorytetu dla tematu bezpieczeństwa morskiego oraz uzgodnienie w ramach aktualizacji Strategii dodatkowych działań (jak np. intensywniejszego korzystania z pilotów na ograniczonych i trudnych obszarach żeglugi) a także szybkie wdrożenie działań III pakietu bezpieczeństwa morskiego UE do prawa krajowego,

- c) uwzględniając działalność ludzką na morzu, zwiększenie transportowanych ładunków, wielkości statków i inne nowe przedsięwzięcia techniczne o charakterze offshore, popiera rozwiązania dla zagwarantowania bezpieczeństwa morskiego i podkreśla konieczność uwzględniania szacunków wynikających z nich problemów i zagrożeń dla żeglugi morskiej ze szczególnym uwzględnieniem planowania przestrzennego,
- d) popiera utworzenie obejmującego cały Bałtyk systemu monitorowania ruchu statków w celu dalszej poprawy bezpieczeństwa morskiego w Regionie Morza Bałtyckiego w odniesieniu do zagrożeń ekologicznych, wypadków i awarii, zwalczania przestępczości oraz innych anomalii, przy czym należy zintensyfikować i rozszerzyć istniejące już kooperacje oraz opracować koncepcje, kompatybilne rozwiązania techniczne i procedury pozwalające stworzyć niezawodny i efektywny pod względem kosztów system monitoringu morskiego,
- e) uważa za konieczne, aby w ramach doskonalenia Strategii reagować na zmieniającą się sytuację bezpieczeństwa poprzez ścisłą kooperację oraz poprzez konsekwentne wykorzystanie istniejących możliwości prawnych we wszystkich państwach basenu Morza Bałtyckiego w celu skutecznego zwalczania różnych form przestępczości transgranicznej,
- f) opowiada się za jednolitą interpretacją i zastosowaniem kodu ISPS w portach regionu Morza Bałtyckiego w celu uniknięcia zniekształcenia konkurencji.

III.

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

- dziękuje Sejmikowi Województwa Warmińsko-Mazurskiego za wyrażenie gotowości do zorganizowania VIII. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku w 2010 r.

Schwerin, dn. 7 lipca 2009 r.

Parlament Meklemburgii-Pomorza
Przedniego

Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Parlament Szlezwika-Holsztynu

Sejmik Województwa
Pomorskiego

Rada Wolnego i
Hanzeatyckiego Miasta Hamburg

Sejmik Województwa
Warmińsko-Mazurskiego

Duma Obwodu Kaliningradzkiego

**Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)**

**Resolution
of the
7th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum
held from 5 to 7 July 2009**

**under the Chairmanship of the
Parliament of Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Germany**

“Implementation of European strategies in the Southern Baltic Sea”

I.

The members of the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum, elected representatives of the Parliament of Schleswig-Holstein, the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern, the Parliament of the Province of Western Pomerania, the Parliament of the Province of Pomerania, the Parliament of the Province of Warmińsko-Mazurskie, as well as the regional Duma of Kaliningrad, declare their intention to accept the Parliament of the Free and Hanseatic City of Hamburg as an equal partner.

II.

At its conference from 5 to 7 July 2009 in Schwerin, the 7th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum discussed regional co-operation on the “Implementation of European strategies in the Southern Baltic Sea” in the areas of

- “Transport and Energy”,
- “Maritime Industry and Maritime Safety” as well as
- “Tourism and Culture”

with experts from all the regions involved and, on this basis, came to the following conclusions:

1. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum welcomes the fact that for the first time a draft of strategy and action plan was developed for a macroregion in Europe. In the opinion of the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum, the Strategy and the Action Plan need to be further complemented and developed to balance interests of all regions of the South Baltic Sea.

The regions were extensively involved in the development of the strategy. Against this background, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum's work last year was focused on strategic approaches to developing the Baltic Sea Region. To this end, the Forum established a working group which supported European Commission in developing an EU Strategy for the Baltic Sea Region.

Via its working group, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum presented statements on this topic within the framework of the public consultation on the strategy and at the EU Commission's 2nd Stakeholders Conference held on 5 and 6 February 2009 in Rostock-Warnemünde.

In these statements, however, the Parliamentary Forum specifically emphasised the need for a parliamentary dimension. In addition, the Forum submitted detailed proposals on each of the various issues addressed in the strategy, e.g. on the implementation of HELCOM's Baltic Sea Action Plan, on energy and climate policies, on "Clean Baltic Shipping", on the implementation of the single European market, on fishing, on tourism and the cultural historical heritage, on future transport policy and European maritime policy. The substance of many of these proposals has been included within the framework of this strategy.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum appeals to the European Parliament and the European Council to include in particular the aspect of equalizing development opportunities for all regions in the legislative process. To this end, the Strategy should be continuously developed and improved, ensuring involvement of all regions.

2. After its adoption, the governments and administrations of the regions represented in the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum will be called upon to translate the substance of the Baltic Sea Strategy into practice. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum recommends that particular attention should be devoted to the following issues:

Fundamental issues relating to the management and implementation of the strategy (governance)

- (a) The implementation of the strategy requires a *parliamentary dimension*: It is indispensable that the players in the Baltic Sea Region be involved in the management and implementation of the strategy (governance), in keeping with the approach adopted by the European Commission when drafting the strategy. In this context, the elected legislative bodies in the region will have to be given a "co-decision-making" role because they represent the people of the region. Their involvement ensures that the substantive elements of the strategy will be broadly discussed within the region and that the strategy will be brought to the people.

- (b) The implementation of the strategy requires a visible **regional dimension**: This means that, along with the national level, the regions – in particular those which are located directly on the Baltic Sea – should be involved in the implementation. For this reason, regions should – above and beyond what is currently planned – be given the opportunity to be the coordinators (“lead parties”) for specific “flagship projects” and to include additional “flagship projects” from the Southern Baltic Sea Region in the Action Plan.
- (c) In the medium term, the implementation of the strategy also requires an **institutional dimension**: The discussions that took place when the strategy was drafted have shown that results achieved by means of institutionalised negotiations are most easily accepted as components of the Baltic Sea Strategy. One good example of such institutionalised co-operation is the Helsinki Commission’s Baltic Sea Action Plan where all the countries of the Baltic Sea Region are involved in ongoing and well-founded consultation and decision-making processes, leading to results that all the parties involved agree to.
- (d) The implementation of the strategy requires a **dimension of reconciling interests**: As far as the prioritisation and the distribution of the flagship projects is concerned, it will be necessary to make allowance on an equal footing for the interests of the countries and regions concerned in order to achieve the necessary acceptance during the strategy’s implementation. In this context, the objective will be to take the requirements of the various regions’ future development into account as much as possible. And if there are conflicting interests between protecting and utilising resources within the various regions, balanced measures and actions should be adopted, with special consideration given to social aspects (issue of employment).
- (e) The implementation of the strategy requires an **administrative dimension**: In this context, it will be necessary for all relevant institutions to become involved in interdisciplinary cooperation, not only horizontally (across national borders) while respecting international agreements and conventions, but also vertically between the regional, national, European and international level along the lines of “multi-level governance”. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum welcomes the fact that the implementation efforts will be regularly “monitored” to check progress. However, it will have to be ensured that available reporting structures (e.g. within the framework of HELCOM) will be used as much as possible; extensive new reporting duties and structures should be avoided.
- (f) The implementation of the strategy also requires a **society-wide dimension**: Close co-operation will be required among players from politics, academia, business and all other groups in society, in particular young people, in order to guarantee the long-term success of the strategy’s implementation and to ensure that the strategy will be based on the broadest possible platform in society.
- (g) The implementation of the strategy also requires a **dimension that encompasses all the Baltic Sea countries**: An EU Strategy for the Baltic Sea Region can only lead to satisfactory results as a wide-area development approach if it covers all the Baltic Sea countries, including in particular Russia in addition to the EU Member States. It is necessary to ensure Russia’s cross-sectoral involvement as well as its practical co-operation in all sectors of the strategy that affect the entire Baltic Sea Region.

- (h) The implementation of the strategy requires clarification of the **financial dimension**: The objectives and measures specified in the strategy - some of which are very ambitious - cannot be reached or implemented free of charge. For their implementation, it will be necessary to have consultations with the interested regions about funding sources. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum calls upon national governments and parliaments to allocate sufficient funds within the framework of their budgetary appropriations, in particular in view of the European Commission's statement that no additional funds have been earmarked for the implementation of the strategy.

Marine Environment

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) welcomes the European Commission's inclusion of HELCOM's Baltic Sea Action Plan as a core element of the EU Strategy's environmental pillar and of the action plan for the strategy's implementation,
- (b) feels that it is necessary that obligations assumed within the framework of international agreements should be updated and fulfilled in suitable national and regional action plans,
- (c) supports the objective specified in the EU's Baltic Sea Strategy to earmark the Baltic Sea Region for a pilot project within the framework of the implementation of the EU's Marine Strategy Framework Directive, with the understanding that the European Commission will provide support to ensure that the objectives of HELCOM's Baltic Sea Action Plan will be reached more quickly,
- (d) feels that it is necessary to develop options for alternative fish stock management within the framework of the reform of the Common Fisheries Policy (CFP), so that if restrictions are observed in certain marine areas (prohibited zones, technical measures, etc.), there will be no need for regulation in other marine areas,
- (e) proposes examining whether non-fishing zones can be reconciled with the protected areas of the NATURA 2000 network,
- (f) proposes examining whether the classification of certain species in Annexes I and II of the EU's Directive 79/49/EEC on the Conservation of Wild Birds meets the needs of protecting species and preserving biodiversity, given the need to protect other species,
- (g) emphasises the need to develop strategies that will effectively safeguard and manage the Baltic Sea's fish stocks. The purpose of the Baltic Sea Strategy should therefore also be to support coordinated and consistent actions against illegal, non-notified and non-regulated fishing.

Prosperity

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) emphasises the important role which the Lisbon Agenda also plays for the Baltic Sea Strategy, which can therefore also be seen as an implementation of this agenda for the Baltic Sea Region,
- (b) supports the Commission's objective to improve the effective functioning of the EU's internal market in the Baltic Sea Region,
- (c) emphasises the need to attach particular importance - within the framework of the strategy's implementation - to the development of a programme for innovation, clusters and networks for small and medium-sized enterprises in order to promote international co-operation in the Baltic Sea Region,
- (d) is convinced that globalisation will increase the importance of research and development; against this background, it should be examined whether it is possible to continue to broaden the scope of scholarship and internship programmes for students and scholars in the Baltic Sea Region,
- (e) shares the Commission's view that co-operation in the Baltic Sea Region in the fields of agriculture, forestry and fishery is of particular importance, in view of the particular relevance of such co-operation for the economy and the sustainable development of the Baltic Sea Region.

Accessibility and Attractiveness

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) believes that particular attention should be paid to the Southern Baltic Sea Region within the framework of the revision of the TEN Guidelines, and appeals to national governments to support this request,
- (b) calls for the adoption of specific measures to activate short-haul sea traffic in the Southern Baltic Sea Area in order to continue to improve the economic and social relations among the various regions,
- (c) believes that the preparation of port development concepts and the development of hinterland connections will be beneficial for all modes of transport, including inland waterway, rail and road transport,
- (d) considers necessary to further improve land-based transport links in the Southern Baltic Sea Region through expanding the action plan to balance accessibility of regions in north-south and east-west corridors.

- (e) supports the Commission's objective of securing the supply of energy (electricity and gas) by establishing a single market and by expanding and interconnecting grids across national boundaries, in particular integrating energy systems between EU Member States, and giving precedence to clean energy sources,
- (f) underlines the need for all Baltic Sea countries to step up the efforts they are making to implement maritime spatial planning in accordance with the requirements specified in the Blue Paper and taking into consideration VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010), and regional policies in this area with the objective that regulatory instruments for effective integrated maritime spatial planning should be applied by all the Baltic Sea countries alike. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum is in favour of implementing a pilot project for maritime spatial planning in the Baltic Sea Region. By means of such a project, EU Member States and their neighbours could find answers to the challenges in their coastal areas, taking into account both national and international conditions,
- (g) once again underlines the need to promote year-round tourism that will link the various sub-regions in the Baltic Sea Region and that will pay particular attention to the cultural heritage, and make the Baltic Sea Region an attractive international tourist destination. A precondition for this is creating various network tourist products.
- (h) is convinced that it is necessary to further improve the neighbourly relations of the EU Member States with Russia, in particular through co-operation at the level of local and regional governments, educational and cultural institutions, as well as non-governmental organisations.

Safety and Security

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) feels that it is necessary to continue to give high priority to the topic of "Maritime Safety", that the strategy will have to be updated by agreeing on additional measures such as increasing the compulsory use of pilots in narrow and difficult fairways, and that the measures of the EU's third maritime safety package will be quickly translated into national law, and
- (b) supports solutions that guarantee maritime safety taking into consideration human activity at sea, increase in volume of cargo transported, growing size of vessels, and other new technical offshore projects, and emphasises the need to include assessment of problems and threats to sea shipping in the process of spatial planning.
- (c) supports the establishment of a vessel traffic monitoring system that will cover the entire Baltic Sea in order to continue to improve maritime safety and security in the Baltic Sea Region in terms of environmental hazards, emergencies, criminal activity and other anomalies; to this end, current co-operation should be promoted by intensifying it and broadening its scope, and concepts, compatible technical solutions and procedures for the development of a robust and cost-effective vessel monitoring system should be presented,

- (d) feels that it is necessary to respond to the changing security environment by further developing the strategy through close co-operation and by consistently applying the legal instruments available in all the Baltic Sea countries in order to effectively combat the various forms of cross-border crime.
- (e) promotes uniform interpretation and use of the ISPS-code in ports of the Baltic Sea to avoid distortion of competition.

III.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- thanks the Parliament of the Province of Warmińsko-Mazurskie for offering to host the 8th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum in the year 2010.

Schwerin, 7th July 2009

Parliament of Mecklenburg-Vorpommern

Parliament of the Province of
Western Pomerania

Parliament of Schleswig-Holstein

Parliament of the Province of Pomerania

Parliament of the Free and
Hanseatic City of Hamburg

Parliament of the Province of
Warmińsko-Mazurskie

Regional Duma of Kaliningrad